

Bund-/Länder-Dialog Fläche

Online-Dialogveranstaltung: Flächen sparen durch Innenentwicklung

Montag, 10. Mai 2021

Dokumentation

Moderation

Dr. Stephanie Bock, Difu

Begrüßung

Peter Fritsch, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)

Peter Fritsch begrüßt die Teilnehmenden zur Online-Veranstaltung im „Bund-Länder-Dialog Fläche“. In der Dialogreihe wird drei Aktionsfeldern nachgegangen, die das Difu in seinen Empfehlungen im Aktionsplan Flächensparen von 2018 benannt hatte:

- Fehlanreize abbauen
- Kontingentierung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke
- Flächensparen durch Innenentwicklung

Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Klimaschutzgesetz Ende April 2021 ist der Charakter der Dringlichkeit des Flächensparens erneut vor Augen geführt worden. Entlang der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die am 10. März das Kabinett passierte, gilt es einen klaren und ambitionierten Pfad bis 2050 im Blick zu behalten und sich nicht nur auf Zielstellungen bis 2030 zu beschränken.

Potenziale heben – Städte und Gemeinden beleben

Thomas Preuß, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Thomas Preuß stellt das Vorgehen im Bund-/ Länder-Dialog vor dem Hintergrund des Aktionsplans Flächensparen vor. Das Ziel ist es, Empfehlungen für Bund und Länder abzuleiten, wie die flächenpolitischen Ziele erreicht werden können. Grundlage ist der Aktionsplan Flächensparen, nach dem eine konzertierte Aktion aller flächenpolitischen Akteur*innen auf den Weg zu bringen sei, um 2030 das 30 ha-X-Ziel zu erreichen. So wird von der Umweltministerkonferenz erwartet, dass der Bund Vorschläge macht, wie das Ziel bis 2030 erreicht werden kann. Die Umweltministerkonferenz verweist dabei auf den LABO-Statusbericht 2020 „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und der Versiegelung“ mit zahlreichen Empfehlungen. Vor den Bundestagswahlen haben verschiedene Verbände hinterfragt, wie sich die Parteien im Hinblick auf die Bodenwende positionieren. Nachzulesen ist dies in den „Bodenpolitischen Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2021“ des Bündnis Bodenwende.

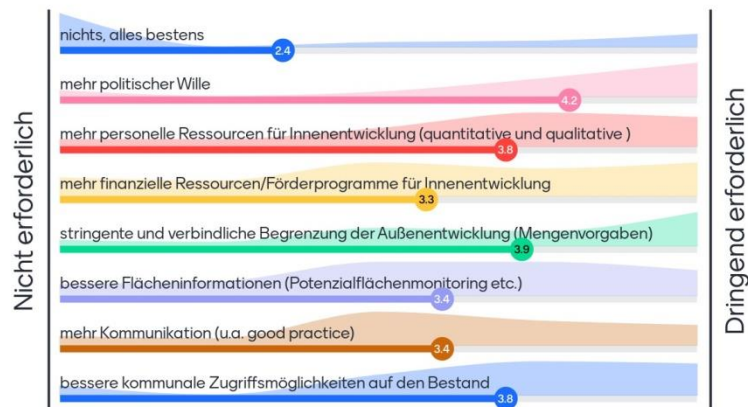
Hinsichtlich des Themas der Online-Veranstaltung „Flächen sparen durch Innenentwicklung“ nimmt Thomas Preuss Bezug auf Instrumentarien des Baulandmobilisierungsgesetzes, die dabei helfen sollen, die Innenentwicklung zu stärken. Als weitere Schlaglichter werden diverse Förderprogramme vorgestellt.

➔ [Präsentation zum Download...](#)

Im Rahmen einer Mentimeter-Umfrage wurde ein Stimmungsbild der Teilnehmenden eingeholt. Gefragt wird, was nötig ist, um den Vorrang der Innenentwicklung in Städten und Gemeinden umzusetzen. Auf einer Skala von eins bis fünf nennen die Teilnehmenden als gravierendstes Erfordernis, dass es mehr politischen Willens bedarf. Ferner braucht es mehr personelle Ressourcen für Innenentwicklungsvorhaben, bessere Zugriffsmöglichkeiten auf den Bestand sowie eine stringente und verbindliche Begrenzung der Außenentwicklung.

Was ist nötig, um den Vorrang der Innenentwicklung in Städten und Gemeinden umzusetzen?

Mentimeter



42

Flächenmonitoring und Kosten-Nutzen-Betrachtung der Siedlungsentwicklung: Umfrageergebnisse

Robert Böhnke, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Robert Böhnke stellt die Ergebnisse zweier Befragungen vor: die Antworten auf Fragen, die das Difu in die Baulandumfrage des BBSR eingebracht hat und eine noch laufende Umfrage des Difu bei regionalen Planungsstellen. So zeigte sich, dass in den Städten und Gemeinden Innenentwicklungspotenziale auf bis zu fünf Prozent der gesamten Wohn- und Gewerbefläche bestehen.

Rückmeldungen der regionalen Planungsstellen ergeben, dass Innenentwicklungspotenziale bei zwei Dritteln der Städte kaum genutzt werden und in fast der Hälfte der Planungsregionen überwiegend neue Flächen im Außenbereich ausgewiesen werden.

Zusammenfassend wird festgehalten, dass systematisches Flächensparen noch nicht flächendeckend umgesetzt wird und unterschiedliche Erfassungsstandards die Vergleichbarkeit im Rahmen eines Flächenmonitorings erschweren sowie die Folgekosten der Siedlungsentwicklung in der Regel nicht quantifiziert erfasst werden.

→ [Präsentation zum Download](#)

Mobilisierung von Baulücken als Baustein der Innenentwicklung: Erfahrungen aus der Universitätsstadt Tübingen

Boris Palmer, Oberbürgermeister, Universitätsstadt Tübingen

Boris Palmer führt aus, dass Innenentwicklung nur dann Akzeptanz findet, wenn sie von hoher städtebaulicher Qualität ist und insgesamt zu mehr Lebensqualität in der Stadt beiträgt. Bloße Verdichtung hingegen erzeuge Widerstände. In Tübingen wurde seit 2007 kein neues Gewerbe- oder Baugebiet ausgewiesen, trotzdem gibt es einen Arbeitsplatzzuwachs von fast 40% und auch die Einwohnerzahlen sind um 15% gestiegen. Erreicht wurde dies durch die Aktivierung von Brach- und sonstigen Innenentwicklungsflächen.

Tübingen ist mit der Problematik konfrontiert, dass ungenutzte Grundstücke von ihren Eigentümer*innen für die eventuelle zukünftige Nutzung durch Familienangehörige gehortet werden. Boris Palmer benennt Handlungsansätze, um ungenutzte Flächen zu mobilisieren. Bereits 2008 wurden alle Eigentümer*innen von Baulücken angeschrieben und darum gebeten zu prüfen, ob sie ihr Grundstück selbst bebauen oder der Stadt verkaufen wollen. Es gab Unterstützungs- und Beratungsangebote für die Eigentümer*innen seitens der Stadt. So konnten 25% der Baulücken innerhalb von zehn Jahren bis 2018 mobilisiert werden. Mit dem Ziel der Mobilisierung von Baulücken wurde in der Kommunikation mit den Grundstückseigentümer*innen auf die Option der Anwendung des Baugebots nach § 176 BauGB verwiesen. Damit die Grundstücke nicht weiter ungenutzt bleiben, so OB Palmer, sprechen Gründe des Allgemeinwohls für die Anwendung des Baugebots.

Daraufhin wurden die Eigentümer*innen erneut kontaktiert, über die gesetzlichen Grundlagen informiert und gefragt, ob sie ihr Grundstück selbst bebauen oder verkaufen möchten. Ergebnis war, dass ein Drittel die Bereitschaft einer Bebauung zustimmen oder Gesprächsbereitschaft zeigten. Ein Drittel der Grundstückseigentümer*innen machte triftige Gründe geltend, wieso bei Ihnen das Baugebot nicht greifen sollte und ein Drittel hat das Ansinnen der Stadt abgelehnt. Aktuell erschwere die Corona-Pandemie weitere Mobilisierungsaktivitäten, zudem böten Änderungen am Baugebot infolge des Baulandmobilisierungsgesetzes keine Vorteile für die Anwendung seitens der Stadt, so OB Palmer.

Innenentwicklung in den Kommunen: Herangehensweisen, Lösungen und Probleme

Detlev Meyer, Samtgemeindebürgermeister, Samtgemeinde Grafschaft Hoya

Detlev Meyer schildert die Herangehensweise zur Innenentwicklung in der Samtgemeinde. Als Basis wurden ein Baulücken- und Leerstandskataster entwickelt und kommunale Grundstückeinkäufe getätigt. Aktuell wird ein ehemaliges Krankenhausgelände auf zwei ha im Innenbereich für Wohnen, Tagespflege und eine Rettungswache entwickelt.

Im Landkreis Nienburg wurde 2019 ein kommunaler Innenentwicklungsfonds (KIF) ins Leben gerufen, an welchem alle zehn kreisangehörigen Körperschaften beteiligt sind. Diese zahlen einen Betrag von 0,5% der Kreisumlage ein, wodurch ein Budget von zwei Mio. Euro besteht. Damit sollen zusätzlich innovative Ideen gefördert werden, allerdings konnten aufgrund der Corona-Pandemie weniger Zuschüsse generiert werden. Detlev Meyer wünscht sich mehr Anreize über die Förderprogramme für eine nachhaltige Innenentwicklung und Nachverdichtung.

Arthur Arnold, Allianz Oberes Werntal

Arthur Arnold führt aus, dass eine Neuausweisung von Baugebieten zwar zu Bevölkerungswachstum führt, es allerdings in den Altdörfern viele Leerstände und baufällige Gebäude gibt. In den vergangenen 20 Jahren wurden in der Gemeinde Euerbach daher keine neuen Wohnbaugebiete mehr ausgewiesen, um den Siedlungsdruck auf den Innenbereich zu lenken und auf die Beseitigung der Leerstände zu fokussieren. Die Gemeinde hatte ein Bevölkerungswachstum von 2,8 % zu verzeichnen, was zeigt, dass Nachverdichtung, Wiederbesiedlung und die strukturellen Anpassungen in vielen Bereichen gelungen sind.

Entscheidend dafür war die interkommunale Zusammenarbeit im Oberen Werntal, die seit 2003 besteht. Gemeinsam mit dem LfU (Bayerisches Landesamt für Umwelt) wurde das Projekt „FLIZ“ (Modellprojekt Flächenmanagement in interkommunaler Zusammenarbeit) für den Bereich „Ländliche Entwicklung Bayerns“ gestartet. Ergebnis der Untersuchung war, dass 250 ha potenzielle Bestandsflächen zur Verfügung standen, jedoch in 10-15 Jahren nur ein Bedarf von 25 ha besteht. Im Rahmen des Modellprojektes wurde mit allen kommunalen Entscheidungsträgern der Allianz (Bürgermeister und Fraktionsvorsitzende) ein Workshop durchgeführt, um die gemeinsamen Ziele der zukünftigen Siedlungsentwicklung festzulegen.

Auf diesem Weg entstand die "Oerlenbacher Erklärung". Sie gibt der zukünftigen Innenentwicklung Vorrang vor einer weiteren Außenentwicklung und ist seit 2008 Leitbild der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal.

Jürgen Gröger, Stadt Esslingen am Neckar

Esslingen liegt im Neckartal mit geographischen Besonderheiten und einer Topographie aus steilen Hängen und großen Waldgebieten. Gleichzeitig befindet sich Esslingen auf der Industrieachse Stuttgart-Ulm.

Die Randbebauung und großflächige Baulücken am Siedlungsrand wurden mit den letzten Flächennutzungsplänen in Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete umgewandelt, was die Siedlungsentwicklung in Esslingen stark einschränkt. Daraus ergeben sich Hürden im Rahmen der naturschutzrechtlichen Prüfungen, so dass sich eine Überplanung dieser Schutzbereiche planungsrechtlich als sehr schwierig darstellt. Zudem steht die Stadt vor der Aufgabe die weitere Überwärmung des Stadtgebiets zu vermeiden. Daher muss die doppelte Innenentwicklung vorangetrieben werden. Schlüssel hierfür sind die aktive Bürger*innenbeteiligung, die Eigentümer*innenansprache und Beratungsleistungen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Reduzierung von Flächen für den Autoverkehr, um dem Fuß- und Radverkehr mehr Raum zu geben. Zudem sollen Verkehrsflächen für neue Nutzungen umgewandelt werden, die den Bürger*innen mehr Lebensqualität in der Stadt bieten.

Flächenrecycling als Strategiebaustein der Innenentwicklung: Potenziale und Herausforderungen**Dr. -Ing. Uwe Ferber, STADTLAND GmbH, Leipzig**

Uwe Ferber erläutert Ergebnisse einer Befragung von Kommunen zu den Schwerpunkten im Bereich des Flächenrecyclings. Diese werden in Form eines Berichts vorgelegt und in den Dialogprozess einfließen.

Flächenrecycling steht im starken Zusammenhang mit bereits vorhandenen Flächennutzungen, Klimaanpassungen, Wasserrückhalt sowie wassersensibler Stadtentwicklung und der neu hinzugekommene Pandemieresistenz. Uwe Ferber betont Flächenrecycling als einen wichtigen Schlüssel zum Gesamtumbau einer nachhaltigen Stadt.

Das Flächenrecycling steht in einem engen Kontext mit einer Reihe von Bündnissen, Aktivitäten und Initiativen, z.B.:

- Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse
- Baulandkommission
- Allianzen für Flächen in einigen Bundesländern
- Flächenrecycling-Preis in Baden-Württemberg
- Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Flächenrecyclingakteur

Die Herausforderungen bestehen in einer gemeinsamen Systematik zur Erhebung von Baulandpotenzialen und Nachverdichtungspotenzialen für die Innenentwicklung. Zugleich gibt es eine Vielzahl an möglichen Konzepten, in denen Innenentwicklung thematisiert bzw. mitgedacht werden könnte. Ein Beispiel sind Klimaanpassungskonzepte, die mit Innenentwicklungskonzepten verknüpft werden sollten.

Insgesamt bestehen in Bezug auf die Brachflächenrevitalisierung Ziel- bzw. Nutzungskonflikte zwischen grünen und baulichen Nachnutzungen. Zugleich sind grüne Nutzungen und Klimaanpassungsmaßnahmen im Innenbereich in der Regel nicht ohne Flächenrecycling zu erreichen. Es wird empfohlen, bundesweit Flächenagenturen als intermediäre Akteur*innen zu etablieren, um Handlungs- und Verfahrensroutinen für das Flächenrecycling zu implementieren.

→ [Präsentation zum Download](#)

Reflexion in moderierten Diskussionsräumen

In drei parallelen Diskussionsräumen werden zentrale Stellschrauben für Innenentwicklung in Kommunen diskutiert.

Welche Vorgehensweisen in der Innenentwicklung haben sich als erfolgreich erwiesen?

- Mit dem Projekt Raum + Rheinland-Pfalz können seit 2010 unter anderem kommunale Baulückenkataster über diese Plattform abgewickelt werden.
- Das Instrument der Flächennutzungsplanung muss auch im ländlichen Raum konsequent angewendet werden, weil es u.a. die Flächenbilanzierung umfasst, sowohl im Hinblick auf die demographische Entwicklung als auch in Bezug auf bestehende Innenentwicklungspotenziale.
- Erforderlich ist ein kontinuierliches Flächenmonitoring (Brachen, aber auch untergenutzte Flächen).

Welche Hemmnisse für eine intensivere Innenentwicklung ergeben sich für Kommunen?

- Es muss Professionalität in den Prozess gebracht werden, Finanzierungen müssen gebündelt und vor allem die ländlichen Räume unterstützt werden.
- Den Kommunen fehlen Förder- und Unterstützungsangebote.
- Die Herausforderung besteht darin, im Rahmen der doppelten Innenentwicklung eine Balance zwischen Nachverdichtung sowie Erhalt und Entwicklung von Grün- und Freiräumen zu finden.
- Es besteht ein starkes Gefälle der Grundstückspreise zwischen Stadt und (Um)Land: je ländlicher die Lage, umso mehr Flächen werden in Anspruch genommen.
- Zum Teil fehlt eine Verbindlichkeit von Zielen und Grundsätzen übergeordneter Planungsebenen für Kommunen.
- Es besteht ein geringer finanzieller Spielraum kleiner Kommunen mit geringem Personalstand, um aktiv Innenentwicklung zu betreiben.
- Es mangelt häufig am politischen Willen, daher brauchen die Kommunen Unterstützung.

- Finanzielle Engpässe machen den Grundstückserwerb durch Kommunen kaum möglich.
- In Mittelzentren, Unterzentren und im ländlichen Raum sind Flächenmanagement-Ansätze nur wenig ausgeprägt.
- Es fehlt ein gesamtstädtisches Finanzierungsinstrument.

Welche neuen Ideen für eine Intensivierung der Innenentwicklung gibt es?

- Es sollten (externe) Beratungsleistungen angeboten werden, damit die Kommunen über Ingenieur- und Planungsbüros und sonstige Dienstleister angeleitet und unterstützt werden.
- Aktivitäten auf Landesebene sollten geprüft und zusammengetragen werden.
- Es sollte ein positives Image von „Innenentwicklung“ bei jungen Menschen vermittelt werden.
- Leerstände sollten gemeinsam mit Bürger*innen neu geplant werden.
- Erforderlich ist ein offenes Forum mit aktiven Bürger*innen.
- Es sollte eine intelligente multifunktionale Flächennutzung angestrebt werden.

Wie kann Innenentwicklung in eine kommunale Siedlungsstrategie (planerisch, kommunalpolitisch) eingebettet werden

- Sensibilisierungsstrategien und das wiederholte Zugehen auf Eigentümer*innen ist ein erster Lösungsansatz.
- Baulandgebote sind ein sinnvolles Instrument.
- In Göttingen und Tübingen gibt es Wohnraumagenturen, die Strategien entwickeln.
- Neue Formen des Wohnens müssen über Bildungs- oder Kommunikationsangebote beworben und attraktiv gemacht werden.
- Es sollte ein Fokus auf die Kommunikation mit jungen Leuten gelegt werden.
- Es sollten Kostenrechner genutzt werden, damit Kommunen bewusst wird, welche mittel- und langfristigen Kostenvorteile bei Vorhaben der Innenentwicklung möglich sind.

Welche Forderungen an Bund und Länder sollten aus dem Bund-/Länder-Dialog in Bezug auf Innenentwicklung abgeleitet werden?

- Erforderlich sind mehr finanzielle Förderungen, beispielsweise beim Flächenerwerb (strategischer Bodenerwerb).
- Es müssen mehr urbane Grünflächen geschaffen werden.

Online-Dokumentationswand:



Bund-/Länder-Dialog Fläche: Innenentwicklung

Hinweise Instrumente	Hemmnisse	Empfehlungen
<p>Erhebung/ Monitoring: ausbaubar v.a. in kleineren Kommunen</p> <p>Monitoring: - Nachverdichtungspotenziale - Standards</p> <p>Flächenmanagement - Bauland-Umfrage</p>	<p>Bauland-paradoxon</p> <p>Aktivierung 13b durch Baulandmobilisierungsgesetz</p> <p>pol. Grundsatz-beschlüsse fehlen</p>	<p>politischer Wille!</p> <p>Innenentwicklung "als Ganzes" voran treiben</p>
<p>Kosten-Nutzen-Betrachtung / fisk. Wirkungsanalysen ausbaufähig</p> <p>Aktivierung: - Lotsen - Ansprache Eigentümer, Bauwillige - Investoren</p> <p>Flächenrecycling: - Konkurrenzen - Erfassung - abhängig von Förderkulisse - grüne Projekte</p>	<p>Regierungs-wechsel in Kommunen</p> <p>Personalmangel, keine Mindeststandards für Flächenmanagement</p>	<p>Verdichtung/ Bauen in die Höhe</p> <p>Innenentwicklung muss Qualität erzeugen!</p> <p>Verkehrsflächen in Blick nehmen: z.B. Bahn-, Parkflächen</p>
<p>Vorkaufrecht nutzen</p> <p>Bedarfsnachweise und Begründungspflicht genutzt</p>	<p>Komplizierte Gemengelage /Innenentwicklung ein Ziel unter vielen</p>	<p>Kontinuität der Fördermöglichkeiten sicherstellen</p> <p>Flächen-agenturen als wichtige intermediäre Organisationen</p> <p>kommunale Liegenschaftsfonds</p>
<p>Baugebote zulässig bei Wohnraum-mangel</p> <p>Baugebote: - Verwaltungsaufwand - Familienprivileg</p> <p>Praxischeck BBSR: Baugebote machbar</p>	<p>Naturschutz beschränkt Aktivierung</p>	<p>- Grundsteuer C - Eigenheim-zulage Ortskerne</p> <p>interkommunale Zusammenarbeit</p> <p>Bildungsarbeit</p>
		<p>Anreize Förderprogramme</p> <p>Städtebau-förderung, Dorferneuerung</p> <p>§13b BauGB obsolet</p>

INSTITUT RAUM & ENERGIE | ifu | GERTZ GUTSCHE RÜMENAPP
 Deutsches Institut für Urbanistik | Stadtentwicklung und Mobilität | Planung Beratung Forschung GbR

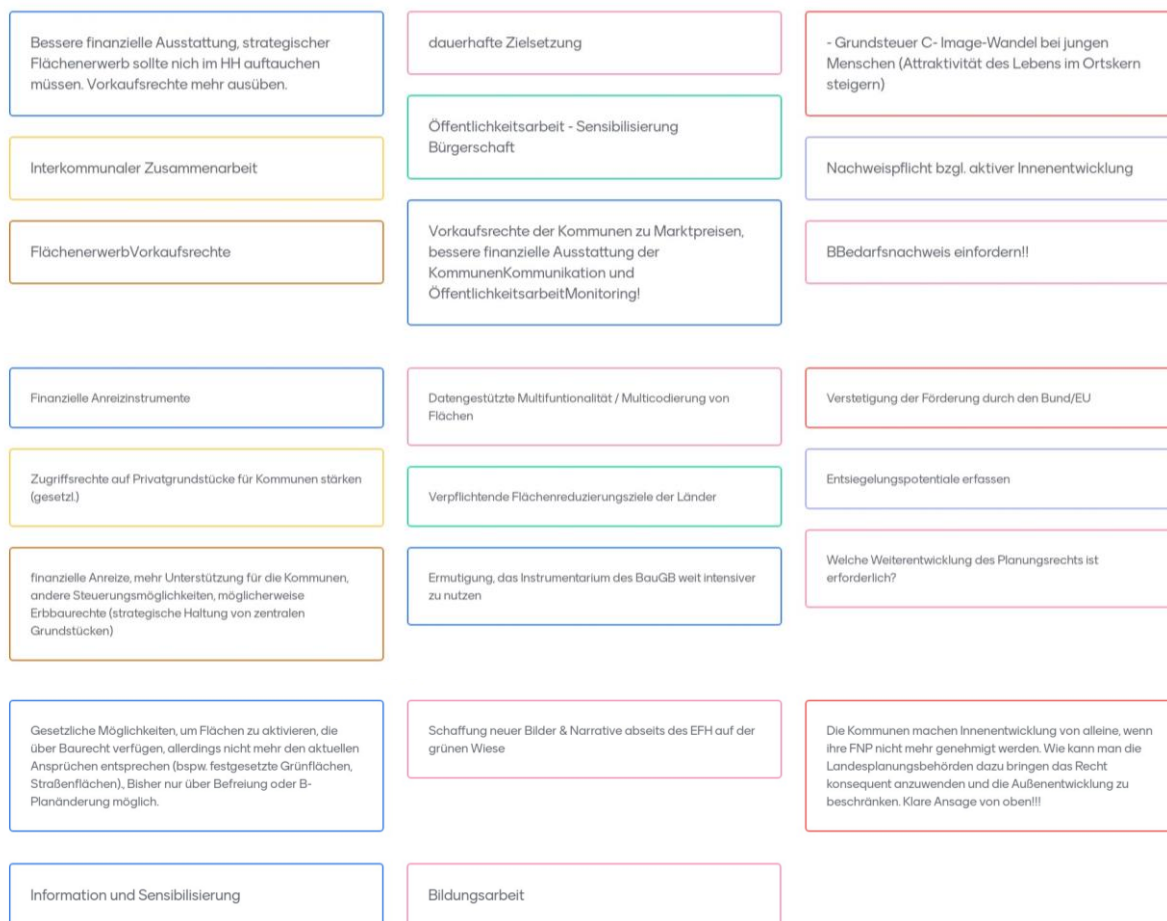
Mentimeter-Abfrage zu effektiven Stellschrauben für Innenentwicklung

Abschließend werden die Teilnehmenden aufgefordert, über eine Mentimeter-Abfrage Stellschrauben zu benennen, die besonders effektiv sind, um den Vorrang der Innenentwicklung in Kommunen umzusetzen.

Welche Stellschrauben sind besonders effektiv, um den Vorrang der Innenentwicklung in den Kommunen umzusetzen?



98506267	Finanzielle Anreize	bessere Datengrundlagen
Interkommunale Abstimmung	personelle Kapazitäten ausbauen	Förderung
Kosten-Nutzen-Analyse propagieren	Bildungsarbeit	Pflicht zur Erfassung der IEP



Zusammenfassung und Fazit

Herr Preuß fasst zentrale Erkenntnisse aus der Dialogveranstaltung zusammen und identifiziert eine Reihe von thematischen „Baustellen“, die weiterhin in den Blick zu nehmen sind, um Innenentwicklung wirksam voranzubringen:

- Klimaangepasste Innenentwicklung zur Erreichung qualitativ hochwertiger und multifunktionaler Flächennutzungen u.a. durch Flächenrecycling
- Vorausschauende Bodenpolitik mit Fokus auf Nutzung von Innenentwicklungspotenzialen
- Aktivierende Unterstützung und Bewusstseinsbildung für Innenentwicklung (u.a. Innenentwicklungsmanager*innen, Flächenagenturen, Beratung, „neue Bilder“)
- Konsequente Verknüpfung von Regionalplanung und Bauleitplanung (u.a. Nachweispflichten von Flächen für Wohnen und Gewerbe)
- Stärkeres interkommunales Zusammenwirken im Sinne mit dem Ziel eines effizienten Umgangs mit der Ressource Fläche
- Verbesserung der Datenlage und Harmonisierung von Standards der Datenerfassung in Bezug auf Innenentwicklungspotenziale (Monitoring)
- Konsequente Anwendung bzw. Nachjustierung des Baurechts im Sinne des Vorrangs der Innenentwicklung (Baugebote, §13b BauGB, ...)
- Passfähige Förder- und Anreizprogramme sowie Unterstützungsangebote für Innenentwicklung für kleine Gemeinden in den ländlichen Räumen

Die konstruktive Diskussion auf der Veranstaltung bietet, so Herr Grimski (Umweltbundesamt), einen guten Ausgangspunkt für den weiteren Dialogprozess. Um eine Zwischenbilanz auf Basis der bisherigen Dialogveranstaltungen zu ziehen, findet am 8. Juni 2021 eine weitere

Dialogveranstaltung statt, in welche die hier gewonnenen Erkenntnisse einfließen. Auf der Bilanzveranstaltung sollen in Vorbereitung einer „Roadmap Flächensparen“ gemeinsame, aus dem bisherigen Dialog abgeleitete Standpunkte zu den drei Aktionsfeldern „Innenentwicklung stärken“, „Kontingentierung einführen“ und „Fehlanreize abbauen“ diskutiert und geschärft werden. Zusätzlich soll über Formate und Inhalte einer möglichen Fortführung des Bund-/Länder-Dialoges und eine mögliche kommunikative Begleitung beraten werden.

Teilnehmende

Insgesamt 87 Personen, darunter Vertreter*innen aus:

- Bundesministerien (BMU, BMI, BMEL)
- nachgeordneten Bundesbehörden (UBA, BfN, BBSR)
- Landesministerien mit Zuständigkeiten Umwelt, Raumordnung, Landwirtschaft und Wirtschaft
- Nachgeordnete Landesbehörden mit Zuständigkeit für Umwelt und Raumordnung
- Landespolitik
- Kommunen
- Kommunale Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag)
- Träger der Regionalplanung
- Wissenschaftliche Institutionen (IÖR – Leibniz Institut für ökologische Raumentwicklung)

Wedel/ Berlin, 27.05.2021